

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 18/355 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/430
Vorlage 18/431
Vorlage 18/439

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern
Vorlage 18/358 (schriftlicher Einbringungsbericht des Ministers)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Dr. Christos Katzidis (CDU) dankt der Landesregierung für die erneute Anhebung des Volumens für den Einzelplan 03 im Entwurf des Haushalts 2023 und der damit verbundenen klaren Prioritätensetzung innerhalb des Einzelplans, die teilweise schon diskutiert worden sei. Zu erwähnen sei nicht nur der Polizeibereich, in der eine Anhebung der Einstellungszahlen vorgesehen sei, sondern es sei auch insgesamt eine Stärkung des Personalbereichs vorgesehen. Es sei beabsichtigt, rund 1 Milliarde Euro für Sachmittel zur Verfügung zu stellen, wobei der Fokus auf eine weitere Digitalisierung und dabei vor allem auf eine Stärkung der Forensik-Cloud mit Blick auf die im Bereich des Kindesmissbrauchs bestehenden Herausforderungen gelegt werde. Weiter seien der Katastrophenschutz, kritische Infrastrukturen und der Feuerwehrbereich zu erwähnen. Insbesondere der Bereich des Katastrophenschutzes sei mit Blick auf die zurückliegenden Katastrophen schon intensiv diskutiert worden.

Die Fraktion der CDU könne dem vorliegenden Entwurf für den Einzelplan 03 zustimmen. Mit der vorgesehenen Prioritätensetzung werde es in dieser Legislaturperiode sicherlich gelingen, die angesprochenen Bereiche weiter zu stärken, um die Herausforderungen zukunftsorientiert bewältigen zu können.

Christina Kampmann (SPD) begrüßt ebenfalls den Mittelaufwuchs im Einzelplan 03. Dies gelte insbesondere für die Mittel, um Stellen für die Einrichtung einer neuen zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz zu schaffen. Dem von ihrem Vorredner geäußerten Optimismus könne sie sich jedoch nicht komplett anschließen, da es aus der Sicht der Fraktion der SPD erfreulich gewesen wäre, wenn der Aufwuchs im Bereich der Polizei aufgrund der von ihr im Moment zu bewältigenden Herausforderungen dem Aufwuchs im Gesamthaushalt entsprechen würde. Dies wäre bei der angesprochenen Prioritätensetzung sicherlich ein Fortschritt gewesen.

Die im Einzelplan 03 bestehenden Defizite würden unter anderem durch die Stellungnahmen der unterschiedlichen Gewerkschaften aufgezeigt. Mit Blick auf die bevorstehende Tarifrunde im kommenden Jahr müsse beispielsweise vor dem Hintergrund der

in Inflationsbedingten Ausgaben damit gerechnet werden, dass mit den veranschlagten Personalausgaben in Höhe von 3,01 Milliarden Euro dem nicht ausreichend Rechnung getragen werde, nachdem sich 43 % der im Einzelplan 03 veranschlagten Mittel auf Personalausgaben erstreckten.

Begrüßt würden die 3.000 Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter. Dieses Ziel könne aber nur erreicht werden, wenn die Attraktivität des Polizeidienstes und die Ausbildungskapazität erhöht würden. Dazu gehörten beispielsweise eine bessere Familienfreundlichkeit und eine Erhöhung der Flexibilität, aber auch insgesamt müsse die Attraktivität des Polizeidienstes erhöht werden. Dazu seien im vorliegenden Entwurf nur wenige Impulse enthalten. Deshalb bestehe die konkrete Gefahr, dass das angestrebte ambitionierte Ziel nicht erreicht werden könne und der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber weiter hinter die Angebote der Wirtschaft zurückfalle. Dieses Risiko werde mit Sicherheit durch die Notwendigkeit verstärkt, auch heute noch Mehrarbeit und Überstunden leisten zu müssen.

Der Hinweis von Minister Herbert Reul zum Nachtragshaushalt, es seien nicht nur finanzielle Anreize erforderlich, möge zutreffen, aber dennoch seien zum einen viel zu wenige Bemühungen erkennbar, um eine groß angelegte Offensive, die in diesem Bereich erforderlich sei, in Gang zu setzen. Zum anderen müssten aber auch Impulse aus dem Haushalt hervorgehen, weil nicht alle Maßnahmen, um die Attraktivität zu erhöhen, kostenneutral realisiert werden könnten.

Die Fraktion der SPD habe die Befürchtung, es drohe eine enorme Fachkräftelücke. Deshalb wäre es wichtig gewesen, zum Beispiel flankierend zum Haushalt eine umfassende Modernisierung des Zulagenwesens anzugehen oder die Landesobergrenzenverordnung anzupassen, um bessere Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch dadurch könnte eine Attraktivitätssteigerung erreicht werden, mit der ein wichtiger Anreiz verbunden gewesen wäre.

Die Ambitions- und Ideenlosigkeit in diesem Bereich könnte dazu führen, dass es nicht gelingen werde, die formulierten quantitativen Ziele zu erreichen. Die Argumentation von Minister Herbert Reul in der zurückliegenden Ausschusssitzung, in den vergangenen Jahren hätte es auch funktioniert, sei wenig überzeugend; denn letztlich gehe es um die Qualität der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Der Innenminister sei natürlich nicht nur dafür verantwortlich, große Zahlen als Zielgrößen festzulegen, sondern er müsse auch Maßnahmen ergreifen, um diese Zielgrößen zu erreichen. Solche Maßnahmen vermisse sie im vorliegenden Haushaltsentwurf. Irgendwann werde dies negative Folgen haben, von denen dann die gesamte Bevölkerung betroffen sein werde.

Nicht schlüssig sei, wenn zum einen die Digitalisierung der Polizei zu einem Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode erklärt werde, aber andererseits auf die Ausbildung von Verwaltungsinformatikerinnen und -informatiker verzichtet werde. Schließlich werde nicht nur eine digitale Infrastruktur bei der Polizei benötigt, sondern es sei auch qualifiziertes Personal erforderlich, das diese Infrastruktur pflege. Deshalb bitte sie zu diesem Punkt bei Gelegenheit um zusätzliche Erläuterungen, da sich die Gewinnung von Fachkräften für dieses Feld aus der Wirtschaft aufgrund des bestehenden Einkommensgefälles enorm schwierig gestalte. Daher stelle sich die Frage, wie der

Schwerpunkt Digitalisierung der Polizei vor dem Hintergrund des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2023 umgesetzt werden solle.

Laut dem Einzelplan seien Investitionen in neue Dienstfahrzeuge erforderlich. Im Rahmen einer breiten Berichterstattung sei am vergangenen Dienstag darüber informiert worden, dass der Ford S-MAX ausgetauscht werden müsse, weil dieser nicht mehr angeboten werde. Nach ihrer Kenntnis müssten erste Fahrzeuge im Herbst nächsten Jahres ausgetauscht werden. Dieser Austausch werde laut Haushaltsplan Kosten von 20 Millionen Euro verursachen. Bis zum Jahr 2025 müssten weitere Ford S-MAX ausgetauscht werden. Von der GdP werde die plausible Forderung erhoben, nicht allein auf den Mercedes Vito zu setzen, da dieser nach Auffassung der GdP nicht für alle Einsätze geeignet sei. Vielmehr solle ein Mix von Fahrzeugen angestrebt werden, wobei auch die Beschaffung von E-Autos geprüft werden sollte. Sie bitte um Auskunft, welche Überlegungen das Innenministerium in dieser Hinsicht anstelle, weil sich in diesem Bereich offensichtlich ein Problem abzeichne, das frühzeitig gelöst werden müsse.

Marc Lürbke (FDP) hätte es begrüßt, wenn genügend Zeit zur Verfügung stünde, um diesen Rekordhaushalt vernünftig beraten zu können. Leider müsse dieser Haushalt innerhalb der historisch kurzen Zeit von nur 47 Tagen beraten werden. Frühzeitig sei von der Fraktion der FDP bereits der Hinweis gegeben worden, dass diese Vorgehensweise als nicht richtig angesehen werde. Mit einem solchen Schnellverfahren werde man der aktuellen Lage nicht gerecht. Ihm sei es beim heutigen Aufruf der einzelnen Kapitel deshalb nicht möglich gewesen, Fragen einzubringen. Letztlich habe im Innenausschuss wie auch in den anderen Fachausschüssen überhaupt nicht die Möglichkeit bestanden, sich ernsthaft mit diesem Rekordhaushalt zu befassen. Er stelle sich nur vor, wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getobt hätte, wenn von der früheren schwarz-gelben Landesregierung ein solches Verfahren gewählt worden wäre.

Von diesem Vorgehen werde aber auch ein Zeichen ausgesandt. Schließlich werde dadurch das Haushaltsrecht nicht nur für den Landtag und die einzelnen Abgeordneten, sondern auch für die Verbände beschnitten. In den Stellungnahmen der Verbände sei immer wieder der Hinweis enthalten gewesen, es habe zu wenig Zeit zur Verfügung gestanden, um sich mit der teilweise sehr komplexen Materie auseinanderzusetzen. Dies allein rechtfertige schon, dem Haushalt die Zustimmung zu verweigern. Fairer Umgang und offener kritischer Dialog sähen nämlich ein wenig anders aus. Mit dem Haushaltsentwurf würden die Oppositionsfraktionen und die Verbände letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die Antworten auf die eingereichten Fragen seien teilweise sehr ausführlich ausgefallen, aber vielfach seien sie auch sehr ausweichend gewesen. Als Beispiel erwähne er nur die Fragen zum Distanz-Elektroimpulsgerät. Die dafür vorgesehenen Investitionen seien gezielt reduziert worden. Die Frage der Fraktion der FDP nach einer pauschalen Ungleichbehandlung sei nur mit der Aussage beantwortet worden, eine flächendeckende Beschaffung sei zunächst zurückgestellt worden, um die weiteren Überlegungen abzuwarten. Dies habe nicht nur bei ihm, sondern auch bei den Gewerkschaften zu Verwunderung geführt, von denen in ihren Stellungnahmen ausdrücklich ein Rollout

der Distanz-Elektroimpulsgeräte gefordert werde. Aus dieser Antwort müsse er leider den Schluss ziehen, dass es der Landesregierung an dieser Stelle offenbar vollkommen egal sei, ob die Polizeibeamtinnen und -beamten unterschiedlich ausgestattet seien und die Ausstattung und der Schutz davon abhängig seien, welcher Dienststelle man angehöre. Es sei ein Schlag ins Gesicht der Einsatzkräfte, dies auch noch im Haushalt zu manifestieren.

Dies gelte auch für die Einsatzfahrzeuge. Seine Vorrednerin habe dazu bereits Fragen gestellt, an deren Antworten er ebenfalls sehr interessiert sei. Mit der damaligen Ausschreibung von Mercedes Vito und Ford S-MAX sei von der vorherigen schwarz-gelben Landesregierung die Zielsetzung verbunden gewesen, eine Auswahl zu ermöglichen, um den unterschiedlichen Anforderungen entsprechen zu können. Deshalb bitte er, auf diesem Weg weiter voranzuschreiten und weiter eine Auswahl zu ermöglichen und nicht allein auf den Mercedes Vito zu setzen.

Grundsätzlich bewege sich der Haushaltsentwurf in eine richtige Richtung. In vielen Punkten werde der erfolgreiche Kurs zur Stärkung der Polizei der vorherigen schwarz-gelben Landesregierung fortgesetzt. Eine Erhöhung der Einstellungen und die Investitionen im Bereich der Polizei, bei denen nicht gespart werden solle, würden natürlich von der Fraktion der FDP begrüßt. Wenn er sich jedoch den Anteil der Polizei am Gesamthaushalt betrachte, sei dies weniger Grund zur Selbstbeweihräucherung, weil der Anstieg im Haushalt für den Polizeibereich im Vergleich zum Anstieg im Gesamthaushalt geringer ausfalle.

Gerade im Personalbereich wäre bei den Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten ein ambitioniertes Vorgehen wünschenswert gewesen. Nach seiner Überzeugung müssten die Ausbildungsbehörden und deren Kapazitäten deutlich gestärkt werden, wenn das richtige Ziel von 3.000 Neueinstellungen erreicht werden solle. Aus seiner Sicht wäre es wünschenswert gewesen, wenn die damit verbundene stärkere Belastung des Ausbildungspersonals über eine Zulage honoriert worden wäre. In den Koalitionsverhandlungen hätte die Chance bestanden, die Vorgabe zu formulieren, die Systematik der Zulagen zu ordnen. Dies sei ein Punkt, über den schon lange in diesem Hause diskutiert werde. Dann wäre es beispielsweise möglich, den hohen Einsatz der Tutorinnen und Tutoren zu würdigen.

Letztlich sei es leider nur bruchstückhaft möglich gewesen, sich mit dem Haushaltsentwurf zu beschäftigen. Die Beratungen hätten sich durch die am 8. November 2022 vorgelegte Ergänzungsvorlage nicht einfacher gestaltet. Deshalb sei die Fraktion der FDP erst zu einem späteren Zeitpunkt in der Lage, Änderungsanträge zum Entwurf des Haushalts zu stellen. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse der Entwurf des Einzelplans 03 von der Fraktion der FDP leider abgelehnt werden.

Dr. Julia Höller (GRÜNE) führt aus, eine Haushaltsaufstellung in krisenhaften Zeiten erfordere vor allem eine Priorisierung, da nur dies eine verantwortungsvolle Politik sei. Es gebe eine Vielzahl von Projekten, deren Realisierung nicht erfolgen könne, auch wenn dies wünschenswert sei.

Der sich durch den Einzelplan 03 ziehende rote Faden der Krisenvorsorge, der Krisenbewältigung sowie Schutz und Sicherheit für alle Menschen gefalle ihr sehr gut. In diesem Zusammenhang greife sie beispielhaft drei Punkte heraus.

Zum einen seien dies die Investitionen in den Katastrophenschutz. Insbesondere mit der zentralen Landesstelle seien sehr große Fortschritte im Hinblick auf eine Stärkung des Katastrophenschutzes verbunden. Damit werde der Katastrophenschutz so stark, wie er bisher noch nie gewesen sei.

Über den Einzelplan 03 werde auch für die im Polizeibereich tätigen Menschen gesorgt, indem eine bessere Aus- und Fortbildung garantiert werde und ihnen die bestmögliche Ausstattung zur Verfügung gestellt und auch in Dienstkleidung investiert werde. Ebenso werde in die Gebäude im Polizeibereich investiert. Weiter werde durch Mehreinstellungen für eine Entlastung gesorgt.

Bisher sei noch nicht die Stärkung des Instituts der Feuerwehr durch die Bereitstellung von neuen Stellen erwähnt worden. Hier gehe es um die Ausbildung von Krisenstäben und die Prävention gegen Rechtsextremismus.

Anhand dieser Beispiele werde deutlich, dass sich durch den Einzelplan 03 der von ihr erwähnte rote Faden ziehe. In diesem Sinne werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Entwurf des Einzelplans 03 gerne zustimmen.

Minister Herbert Reul (IM) dankt für die gegebenen Anregungen und Hinweise.

Dieser Haushalt sei in Zeiten erstellt worden, in denen eine Vielzahl von Krisen zu verzeichnen sei, in denen aber vor allem der finanzielle Spielraum sehr viel enger werde, weil auf der Bundesebene Entscheidungen getroffen worden seien, durch die eine außergewöhnliche Belastung für die Länder verbunden sei. Nachdem über 3 Milliarden Euro weniger zur Verfügung stünden als ursprünglich angenommen, könne mancher Wunsch nicht mehr realisiert werden. Entweder müsse auf die Realisierung dieser Wünsche verzichtet oder der Weg der Verschuldung gegangen werden. Vor diesem Hintergrund habe sich die Landesregierung dafür entschieden, im Rahmen des noch bestehenden Spielraums die politischen Schwerpunkte fortzusetzen. Aus seiner Sicht sei dies nicht perfekt, aber gut gelungen.

In diesem Jahr stehe für die Beratung des Haushaltsentwurfs ein geringerer Zeitraum als üblich zur Verfügung. Dies werde aber dadurch relativiert, dass die Möglichkeit bestanden, vorab Fragen zu stellen, die dann schriftlich beantwortet worden seien. Von der Stellung von Fragen sei in der heutigen Sitzung nicht deshalb abgesehen worden, weil dafür keine Zeit zur Verfügung gestanden habe, sondern dies sei darauf zurückzuführen, dass vorher die Fragen gestellt worden seien, die schriftlich beantwortet worden seien und sich damit erledigt hätten. Dies sei ein sehr effektives Verfahren, das nach seiner Auffassung auch künftig durchaus praktiziert werden könnte. Dadurch sei es möglich, sehr viel gründlicher und fachlich fundierter zu antworten, aber zugleich sei dann auch schon eine Bewertung durch die Fraktionen und eine Einbeziehung in ihre Überlegungen möglich. Dadurch könne die für die Haushaltsberatungen zur Verfügung stehende Zeit sehr viel effektiver genutzt werden.

5. Sitzung (öffentlicher Teil)

Unbestritten gebe es einige Wünsche, die er auch gerne realisiert hätte, aber bei einem engen Finanzrahmen sei es erforderlich, sich auf die wesentlichen Wünsche zu konzentrieren. Trotzdem sei es möglich gewesen, Schwerpunkte zu bilden. Der Katastrophenschutz sei schon erwähnt worden. Die Mittel für den Katastrophenschutz seien erhöht worden, auch wenn sicherlich eine darüber hinausgehende Erhöhung wünschenswert gewesen wäre, aber es gebe auch Bereiche, in denen Kürzungen erfolgt seien.

Die Distanz-Elektroimpulsgeräte seien nicht im Zusammenhang mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu sehen, weil für das nächste Jahr noch genügend Geräte vorhanden seien, die ausgerollt werden könnten. Insofern bestehe in dieser Hinsicht keine Dringlichkeit. Eine Verteilung dieser Geräte könne nicht nach Belieben erfolgen, sondern diese müsse immer mit einer Ausbildung und Schulung begleitet werden. Insofern erfolge die Verteilung etwas langsamer als möglicherweise gedacht. Nach den Debatten in den vergangenen Monaten sei dieses Vorgehen aber auch klug.

Im Übrigen erfolge die Verteilung nicht nach dem Prinzip Zufall, sondern die Polizei habe sich überlegt, an welchen Stellen sie die Distanz-Elektroimpulsgeräte vorrangig einsetzen wolle. Es sei nachvollziehbar, dass sich bei bestimmten großstädtischen Strukturen die Frage des Einsatzes von Distanz-Elektroimpulsgeräten eher stelle als bei anderen Strukturen. Es bestehe allerdings der Vorbehalt, immer wieder neu über eine andere Gestaltung der Verteilstruktur nachzudenken. Es sei richtig, Ende nächsten Jahres würden nicht alle Polizeibehörden und alle Polizeikräfte über ein Distanz-Elektroimpulsgerät verfügen, aber diese Ausgangslage sei bereits seit Mai dieses Jahres vereinbart worden. Es komme nun darauf an, die fachliche Debatte zu führen, wann und wie Distanz-Elektroimpulsgeräte einzusetzen seien. Sein Wunsch sei, diese Debatte sehr fachlich und tiefgreifend und nicht aus dem Moment eines bestimmten Vorgangs heraus zu führen.

Zu den Einsatzfahrzeugen stehe derzeit noch keine Entscheidung an. Bekanntlich habe er damals darauf bestanden, infrage kommende Fahrzeuge zunächst durch die Polizei zu testen, bevor überhaupt eine Ausschreibung erfolge, um ein Gefühl für den Bedarf zu bekommen. Für die Zukunft sei keine andere Vorgehensweise geplant. Die Fahrzeuge würden nicht nach dem Prinzip angeschafft, wer gerne welches Fahrzeug hätte, sondern entscheidend sei, welches Fahrzeug geeignet sei. In finanziell schwierigen Zeiten und im Hinblick auf E-Fahrzeuge werde es nicht einfacher werden, Fahrzeuge für die Polizei zu beschaffen. Die Beschaffung von Fahrzeugen werde nicht nur deshalb erfolgen, weil ein Austausch vorgesehen sei, sondern es werde genau überlegt, ob ein Austausch erforderlich sei und inwieweit der Einsatz von E-Fahrzeugen bei der Polizei möglich sei. Die Meinungen der Polizeikräfte würden dabei eine entscheidende Rolle spielen, weil deren Erfahrungswerte sehr viel bedeutsamer seien als jeder Prospekt, der von einem Fahrzeughersteller vorgelegt werde.

Die steigende Zahl von Anwärtinnen und Anwärtern ziehe höhere Anforderungen an Gebäude, Ausstattung und Personal in den betroffenen Bereichen nach sich. Dies sei aber in den vergangenen Jahren genauso gewesen, da auch dann immer wieder eine geringfügige Nachsteuerung erforderlich gewesen sei, weil mit der Erhöhung der Zahl

der Anwärterinnen und Anwärter gleichzeitig keine Erhöhung in den anderen betroffenen Bereichen erfolgen konnte. Kürzlich sei aber erst ein neues Fachhochschulgebäude eingeweiht worden, mit dem ein echter Fortschritt verbunden sei. Daran werde systematisch weitergearbeitet, aber es könne nicht alles auf einmal realisiert werden, sondern dies gelinge nur in kleinen Schritten. Für die Hochschule der Polizei sei auch mehr Personal im Entwurf für den Haushalt 2023 enthalten. Dies wahrscheinlich nicht in der Höhe, wie dies von der Opposition gewünscht und wie dies vermutet werde, aber auf jeden Fall mehr und nicht weniger Personal. In finanziell knappen Zeiten sei dies eine ordentliche Leistung.

Der Innenausschuss stimmt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD für die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Haushaltsjahr 2023 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.



Innenausschuss

5. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

17. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 16:16 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt überein, TOP 23 von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD den Antrag des Abgeordneten Marc Lürbke ab, den TOP 16 als TOP 5 zu behandeln.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzungsvorlage)

¹ nichtöffentlicher Teil mit Fortsetzung der TOPs 13, 18 und 21 siehe nöAPr 18/19

Vorlage 18/355 (Erläuterungsband)

Vorlage 18/430

Vorlage 18/431

Vorlage 18/439

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

Vorlage 18/358 (schriftlicher Einbringungsbericht des Ministers)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Innenausschuss stimmt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD für die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Haushaltsjahr 2023 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.

2 Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen

17

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 18/1375

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Abgeordneten Christina Kampmann überein, eine Anhörung durchzuführen.

3 Das „Flüchtlingsgipfelchen“ der Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit den Vertretern der Länder und den Kommunalverbänden ist gescheitert – Die grenzpolizeilichen Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) sind unverzüglich umzusetzen

18

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 18/1371

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

- 4 Bewertung der Sicherheitslage sowie Schlussfolgerungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern vor dem Hintergrund der sich ankündigenden Energiemangellage** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **19**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 5 Schusswaffengebräuche, Widerstände und Einsatzzahlen in den vergangenen 10 Jahren** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]*) **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/460
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 6 Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit zwei Todesfällen bei Polizeieinsätzen in Dortmund** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **29**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/465
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 7 Aktueller Sachstand bei den Ermittlungen gegen SEK-Beamte aus Münster wegen des Verdachts der Beteiligung an rechtsextremistischen Chats** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/466
- Wortbeiträge

- 8 Festnahme einer Mitarbeiterin des Kölner Ausländeramts bei einer Razzia gegen eine mutmaßliche Schleuser-Bande** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **36**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/434
- keine Wortbeiträge
- 9 Randalie in der Halloween-Nacht in Hagen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **37**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/432
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Bitte der Abgeordneten Christina Kampmann überein, die Aussprache zu vertagen.
- 10 Sicherheitslage in Gelsenkirchen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **38**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/433
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Bitte der Abgeordneten Christina Kampmann überein, die Aussprache zu vertagen.
- 11 Beschäftigung von Frauen beim Verfassungsschutz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **39**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/440
- Wortbeiträge

- 12 Evaluation des Gesetzes über die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlags für Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber der Laufbahngruppe 1,2. Einstiegsamt des feuerwehrtechnischen Dienstes (Anwärtersonderzuschlagsgesetzfeuerwehrtechnischer Dienst – AnwSoZG Feu) (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])** **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/428
- Wortbeiträge
- 13 Verdacht auf jahrelange Freiheitsberaubung bei einem achtjährigen Mädchen in Attendorn (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])** **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 18/39
- Wortbeiträge
- 14 Schüsse in Oberhausen – wird NRW zum wilden Westen? (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 3])** **43**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/445
- Wortbeiträge
- 15 Radikale Klimabewegungen in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 3])** **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/456
- Wortbeiträge

- 16 Hambacher Forst 2.0: Erwartet die Landesregierung Gewaltexzesse radikaler Gewalttäterinnen und Gewalttäter rund um Lützerath?** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **48**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/319
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 17 Münster: Mann versucht, Polizistin über Balkon im vierten Stock zu stoßen** *(Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 5])* **54**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 18 Essen: 46-jähriger mit mehreren Messerstichen getötet** *(Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 5])* **57**
- Wortbeiträge
- 19 Düsseldorf: Massenschlägerei auf Parkplatz – Mann fährt mit PKW in Personengruppe** *(Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 5])* **58**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Zur Tagesordnung** **60**
- 20 Klimaaktivisten zerstören Ticketautomaten** *(Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 5])* **61**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 21 Siegburg: Schüsse an Schule** *(Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 5])* **63**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Zur Tagesordnung** **64**

- 22 Aktuelle Entwicklung bei den Geldautomatensprengungen in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 6]*) **65**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/314
– wird nicht behandelt
- 23 Schutz von kritischer Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 6]*) **66**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/302
– wird nicht behandelt
- 24 Angriff auf die Kommunikationskabel der Deutschen Bahn in NRW am 08.10.2022 in Herne** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7]*) **67**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/303
– wird nicht behandelt
- 25 Aktueller Sachstand im Ermittlungsverfahren wegen der mutmaßlichen Fälschung eines Einsatzberichts in Bielefeld** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 6]*) **68**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/306
– wird nicht behandelt
- 26 Durchsuchungen in Herne am 17.10.2022 in einem Mehrfamilienhaus und Auffinden „verdächtiger Gegenstände“** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 8]*) **69**
– wird nicht behandelt

27 Essen: Klimaaktivisten zerstechen Autoreifen (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 9]*)

70

– wird nicht behandelt

* * *